

Ministerial-Erlaß auf die vorhandenen Ladeplätze beschränkt. Dadurch ist eine Maßregel geschaffen, welche die Interessenten bedeutend schädigt, für den Fiskus aber keinen Nutzen bringt. Ich glaube bestimmt, daß auch jetzt noch Ausladungen auch an anderen Plätzen gestattet werden können, als an den viel zu wenig zahlreich vorhandenen Ladeplätzen und möchte nur bitten, ob dem nicht abgeholfen werden kann.

Reg.-Komm. v. Kozłowski weist darauf hin, daß dadurch leicht große Verkehrsstörungen eintreten könnten. Im Uebrigen gehören diese Fragen vor das Forum der Stadtgemeinde.

Abg. Löwe (Berlin): Mir scheint es viel richtiger, zu fragen, ob nicht mehr Ladestellen geschaffen werden können. Das Haus würde doch überhaupt nicht so bedeutende Summen für die Verbesserung des Kanals bewilligt haben, wenn seine Verbreiterung nicht im Interesse des Verkehrs durchaus notwendig gewesen wäre. Dieser Verkehr ist namentlich in der Gegend des Zoologischen Gartens in Berlin ein enormer, und es hiesse die Interessenten schwer schädigen, wollte man durch jene Erlaubnis den alten Zustand eines höchst schwierigen Verkehrs wieder herstellen. Andererseits sind allerdings auch die Ladeplätze in zu geringer Zahl vorhanden und erfordern dringend eine Vermehrung.

Abg. Dr. Hammacher bemerkt, daß jener Kanal doch wohl weniger eine bequeme Straße bilden, als dem lokalen Verkehr dienen solle. Die Regierung wolle ja der Stadterwaltung von Berlin die Berechtigung zur Anlage neuer Ladeplätze einräumen, und diese habe es daher in ihrer Hand, von diesem Kanal den größtmöglichen Nutzen zu ziehen.

Abg. Büchtemann: Es handelt sich gar nicht darum, ob etwa die Regierung aufgefordert werden soll, Ladestellen herzustellen, sondern ob die Ausladung nach wie vor gestattet werden soll, auch wo keine Ladestellen angelegt werden können. Daher ist ein Eingreifen der Stadt Berlin gar nicht möglich. (Sehr richtig.) Es ist ganz richtig, daß unsere Bewilligung von Geldern eingetreten ist, um den Kanal für den Durchgangsverkehr zu verbessern. Aber auch der Lokalverkehr sollte Berücksichtigung finden. Wenn jetzt die Ausladung beschränkt ist mit Rücksicht auf die Konstruktion der Böschungen des Kanals, so wäre es doch nur Sache der Interessenten, die aus dieser Steilheit sich ergebenden Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten zu überwinden. Und wenn nun der Lokalverkehr so sehr viel bedeutender ist als der Durchgangsverkehr, so kann es doch nicht die Absicht sein, lange Strecken des Kanals so unbenutzt zu lassen.

Geh. Rath Wiebe erklärt nochmals, daß es Sache der Regierung sei, für den bequemen Verkehr auf dem Kanale zu sorgen, dagegen Sache der Stadt, den Verkehr vom Wasser zum Lande zu regeln.

Abg. Löwe (Berlin): Wenn auch jetzt der Verkehr zugenommen hat, so ist doch durch die Verbreiterung des Kanals ein Ausgleich geschaffen, so daß in Bezug auf den Lokalverkehr durchaus keine Beschränkung einzutreten braucht. Es würde der Regierung keine neue Last aufgebürdet werden, wenn sie vielleicht mit Privatgesellschaften, z. B. Krabengesellschaften wegen Errichtung neuer Ladestellen, Aufstellung von Krabben u. dergl. in Verbindung träte. Im Interesse des Verkehrs kann ich nur für Aufhebung des Ministerialerlasses stimmen, welcher das Ausladen an anderen Stellen als den vorgeschriebenen verbietet.

Regierungs-Kommissar v. Kozłowski erklärt, daß dergleichen Vorschläge und Anträge vorher noch nicht an die Regierung herangekommen seien.

Abg. Löwe (Berlin) stellt hierauf für die dritte Lesung einen entsprechenden Antrag in Aussicht.

Der Titel wird bewilligt.

Tit. 6 des Extraordinariums (zur Verbesserung des Bromberger Kanals 20,000 M.) wird dem Antrage der Kommission entsprechend abgelehnt.

Auch Titel 41 (für eine Dienstwohnung für den Regierungs-Präsidenten in Danzig, 1. Rate 100,000 Mark) beantragt die Budget-Kommission abzulehnen, indem ihr Referent ausführt, daß der Wohnungszuschuß des Präsidenten 2400 M. beträgt, beim Bau eines neuen Gebäudes aber jährlich 7800 M. für diese Zwecke verausgabt werden würden. Außerdem bestehe die Neigung, möglichst wenig neue Dienstgebäude zu errichten.

Geh. Rath Böll plaidirt für Bewilligung des Titels. Der Präsident in Danzig habe eine entsprechende Wohnung lange nicht finden können und habe im Gasthose wohnen müssen.

Abg. Schneider (Marburg) erklärt im Namen seiner freikonservativen Freunde dem Antrage der Kommission nicht beizutreten.

Der Antrag der Kommission wird darauf angenommen und der Titel gegen die Stimmen der konservativen Parteien abgelehnt.

Damit ist der Etat der Bauverwaltung erledigt.

Das Haus vertagt sich hierauf bis Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Steuerreformgesetz.

Schluß 4 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

+ Berlin, 13. Jan. Den Freunden der liberalen Sache werden die Gedendblätter an Eduard Lasker, welche die „Nation“ veröffentlicht, nicht nur ein neuer, wenn gleich keineswegs überraschender Beweis dafür sein, wie tief die Wurzeln die Anhänglichkeit an den Verstorbenen in den Herzen der Männer geschlagen, welche seit nahezu zwei Jahrzehnten theils Schulter an Schulter mit ihm, theils in äußerlichem Gegensatz zu ihm für die politische Wiedergeburt der Nation gekämpft haben. Die fast im Ausdruck übereinstimmenden Worte, mit denen Heinrich Rickert auf der einen, Albert Hänel auf der anderen Seite in wehmüthiger Anerkennung des Mannes gedenken, der es als seinen Beruf ansah, die Einigung der liberalen Parteien herbeizuführen. So sagt Herr Rickert: „Sorgen — wie er es in einem Brief aus Washington nennt — machten ihm in den letzten Jahren seines Lebens mehr als die Angriffe der Gegner die Verhältnisse innerhalb der liberalen Partei. Er war mit uns von der Ueberzeugung durchdrungen, daß ein fester Zusammenschluß der liberalen Elemente zum Zwecke einer entschiedenen Abwehr der rückläufigen Bewegung ein unabweisbares Gebot, eine Forderung, aller ernstlichen und aufrichtig freisinnigen Politiker sein müsse, und daß in der angestrebten Bildung einer aus „gemäßigt Liberalen“ und Konservativen zusammengesetzten sogenannten „Mittelpartei“ nicht weniger Gefahren liegen, als in der liberal-konservativen Koalition. — Lasker hat daher alle auf ein Loyales und ehrliches Zusammenwirken der Liberalen gerichteten Schritte aufs Eifrigste gefördert, und er war bis zu seiner amerikanischen Reise damit beschäftigt, die positiven Grundlagen für ein solches Zusammenwirken zu schaffen. Er suchte dabei, wie er sagte, „die geschichtliche Tendenz der Liberalen unter Befreiung von allen verwirrenden Details in den Vordergrund zu stellen.“ Seine letzte größere, leider unvollendete Arbeit galt der „Klärung des liberalen Ideals im Gegensatz zu den Parteibestrebungen der Konservativen, der Sichbarmachung der beiden Grundtendenzen des Fortschritts und der Reaktion. — Aus der Geschichte der liberalen Partei mußten sich vor selbst ihre nächsten

Ziele und positiven Aufgaben ergeben. — Es wird die Pflicht seiner Gesinnungsgenossen sein, von diesen Bestrebungen nicht abzulassen.“ In gleichem Sinne sagt Herr Hänel, nachdem er hervorgehoben, daß ihn und seine Freunde in der Fortschrittspartei von Lasker als dem leitenden Mitgliede der nationalliberalen Partei nicht Grundfaß und Gesinnung und nicht der Hinblick auf die Zukunft, sondern nur die politische Rechnung des Augenblicks getrennt habe: „So mußte das Band des Vertrauens sich enger und enger knüpfen, als die unverhüllte Wendung der herrschenden Politik ihn dazu zwang, eine neue Stellung zu nehmen. Er hat sie in dem Besuche gefunden, die Einigung der liberalen Parteien herbeizuführen. Hierin sah er die Bedingung einer erfolgreichen Vertheidigung in der Gegenwart, hierin allein die Bürgschaft einer gedeihlichen Zukunft. Hierfür zu wirken, das war sein letzter Ehrgeiz und hierfür hat er seine letzte Kraft eingesetzt. — Es ist das Ziel, das er im Abschluß seiner reichen Wirksamkeit uns, den Hinterbliebenen, gesetzt hat. Wir werden es erreichen, weil wir es erreichen müssen. Aber auf dem langen, schwierigen Wege dahin werden wir immer und immer wieder den Mann bitterlich vermissen, dem an Reichtum des Geistes und an Bereitwilligkeit Wenige gleichkommen, der in selbstloser Hingabe an das Gemeinwesen, an Alles, was edel und gut ist, Alle übertroffen hat.“ Diese Rundgebungen unerschütterlichen Vertrauens in die Zukunft „der liberalen Partei“ seitens der leitenden Mitglieder der liberalen Vereinigung und der Fortschrittspartei sind eine Bürgschaft dafür, daß das Hinscheiden des verdienten Mitkämpfers für die Sache des Liberalismus seinen Kampfgenossen nur ein neuer Sporn sein wird, das Ziel, welches E. Lasker im Auge hatte, unermüdet zu verfolgen; das Ziel der Einigung der liberalen Parteien.

— Das Staatsministerium trat gestern Mittag um 3 Uhr im Konferenzzimmer des Abgeordnetenhauses zu einer Sitzung zusammen. Wie nach der „Post. Ztg.“ verlautet, soll die Begründung des Bischofs von Münster, wie überhaupt die kirchenpolitische Situation zur Debatte gestanden haben, nachdem vorher ein informirendes Schreiben des Fürsten Bismarck zur Verlesung gelangt war. Schon läßt sich die „Germania“ aus Münster schreiben: „Der „Staatskommissar“ Herr Himly hat jetzt auf der Bernarstraße fest gemietet; das Quartier steht vom 1. d. Mts. für ihn offen. Vor 3 Tagen sind die Fenster an der bischöflichen Kapelle und an der Nordseite des bischöflichen Hofes geputzt worden und in den letzten Tagen waren Anstreicher im Gebäude beschäftigt. Den Anmiethern des Pfarrhauses und der Kaplaneien in Ueberwasser ist unter Hinweis auf die eventuelle Frist von vier Wochen gekündigt worden.“

— Die erste Berathung der Steuervorlagen ist bis Dienstag vertagt worden, da die Parteien und namentlich die Liberalen ihre Vorberathungen noch nicht beendet haben. Für das Zentrum ist, wie die „Germania“ schreibt, die erste und wichtigste Frage die Abwendung jeder Gefahr einer Verkümmern des Wahlrechts in den unteren Stufen der Zensiten. Insbesondere bezüglich der Aufhebung der 3. und 4. Stufe der Klassensteuer sei dieser Gesichtspunkt von entscheidender Bedeutung.

— Einer Anregung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses v. Köller folgend, traten Sonnabend Delegirte der einzelnen Fraktionen zusammen, um über die Frage einer neuen Kodifizierung der Geschäftsordnung zu berathen.

— Das Herrenhaus tritt in der Zeit zwischen dem 21. und 24. Januar c. zu einer Plenarsitzung zusammen behufs Beschlußfassung über den Gesetzentwurf wegen des weiteren Erwerbes der Privatbahnen für den Staat.

— Dem Vernehmen nach wird das Militärpensions- und das Militärrelitzengesetz in der früheren Form dem Reichstage wieder zugehen. Selbstverständlich ist danach, daß man auch das Relitzengesetz für die Reichsbeamten wieder erwarten kann, welches nach dem Scheitern der ersten Vorlage in der vorigen Session von der Regierung zurückgezogen wurde. Vom Reichstage läßt sich erwarten, daß er auf seiner früheren Forderung in Betreff der bisherigen Kommunalsteuerfreiheit der Offiziere bestehen wird.

Halle, 12. Jan. Der Geheime Regierungsrath, Professor Dr. Ulrich, ist gestern Abend gestorben.

Habelschwerdt, 12. Jan. Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Robert v. Ludwig ist heute Mittag auf seinem Gute Neu-Waltersdorf gestorben.

Pest, 12. Jan. Bei der heutigen Berathung des Mischegesetzes im Oberhause erklärte der Ministerpräsident Tisza im Laufe der Debatte, wenn das Mischegesetz nicht eine entsprechende Lösung finde, so würde solchen Bestrebungen Vorbehalt geleistet, welche gewiß nicht im Interesse des Landes liegen. Er begreife konfessionelle Bedenken, obwohl er dieselben nicht theile; doch leuchte ihm die Gegnerschaft Jener nicht ein, welche die Israeliten für dem Lande gefährlich hielten, denn in dem Augenblicke, wo die Israeliten sich mit den übrigen Bürgern verschmelzen könnten, sei solche Gefahr größtentheils geschwunden. Man berufe sich auf Aeußerungen einzelner Rabbiner, allein das seien solche, welche sähen, daß die Vorlage ihrer Omnipotenz ein Ende mache. — Wie bereits mitgetheilt, hat das Oberhaus mit 200 gegen 191 Stimmen abermals die Vorlage verworfen.

Warschau, 12. Januar. (Privat-Mittheilung). Der Ingenieur Risianski bemüht sich, allem Anscheine nach mit Erfolg, um die Errichtung einer Pferdebahn in Lodz. Das nöthige Kapital von Rbl. 300 000 ist hierfür bereits gesichert. — Nach Warschau wäre Lodz die zweite Stadt in Rußisch-Polen, die sich des Besitzes einer Pferdebahn zu erfreuen hätte, und es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß auch dieses Unternehmen dieselben günstigen finanziellen Resultate ergeben wird, wie in Warschau.

Warschau, 12. Jan. Im hiesigen Komptoir der Petersburger Versicherungs-Gesellschaft waren verschiedene Beruntrennungen konstatiert worden. Wie jetzt die „Now. Wr.“ meldet, ist der Schuldige ein aus Posen gebürtiger Pole Namens Josef Sypniewski. Derselbe bezog ein Gehalt von 8000 Rbl., lebte aber über seinen Stand, spielte Karten und machte Schulden. Die von

ihm veruntreute Summe wird auf 26,000 Rbl. angegeben. Ramentlich soll er Privatpersonen beschwindelt haben, die gegen 10,000 Rbl. verlieren. Sypniewski ist ins Ausland geflohen.

Locales und Provinzielles.

Bosen, 14. Januar.

r. Verhaftet wurde am Sonnabend ein Arbeiter, welcher den Schußmanns-Posten auf der Wronkerstraße belästigte und thätlich angriff, als ihn derselbe wegwies. — Verhaftet wurde ferner Sonnabend Nachmittags ein dem Trunke ergebener Schneider in der Breitenstraße, welcher seine Familie mißhandelte, die Sachen in seiner Wohnung demolirte, und schließlich auch noch den Schußmann, der ihn zur Ruhe verwies, mit seiner Scheere angriff.

r. Diebstähle. In einer hiesigen Badeanstalt wurde am 12. d. M. einem Dachdeckermeister, während er in den Decken lag und schwierte, eine Genser schwere goldene Uhr nebst Kette, im Gesamtwerthe von 450 M. und ein Portemonnaie, welches 90 M. enthielt, gestohlen. Er war so unvorsichtig gewesen, diese Werthsachen in der unverschlossenen Zelle, in welcher er sich entleidet hatte, zu lassen. Außer ihm und zwei Freunden, welche gleichfalls badeten, befand sich zur Zeit noch ein unbekannter Fremder dort, welcher die Badeanstalt früher, als der Dachdeckermeister und dessen beide Freunde, verließ. — Einer Wittwe am Alten Markt ist Sonnabend Abends aus unverschlossener Kammer eine größere Anzahl von verschiedenen Frauen-Kleidungsstücken gestohlen worden.

Permisches.

* Wien, 12. Jan. Es mehren sich leider die Anzeichen dafür, daß die Zahl der von dem Massenmörder Hugo Schenl hingeworfene Mädchen eine größere ist, als durch die bisherige Untersuchung festgestellt werden konnte und daß die Ziffer Derjenigen, welche dem entsetzlichen Handwerke dieser Bestie in Menschengestalt zum Opfer gefallen sind, noch nicht abgeschlossen ist. Ein neuer schrecklicher Verdacht beschäftigt seit gestern Abends die fast bis zum Uebermaße in Anspruch genommenen Sicherheitsorgane. Ein Tagelöhner Namens Roh, hat folgende Auslagen gemacht. Er habe von einer verstorbenen Schwester, Namens Fränzel, aus Steinamanger in Ungarn gebürtig, mehrere Kinder übernommen, die bei ihm aufgezogen worden. Das älteste dieser Kinder sei die Anna Fränzel, die zusammen mit ihren Geschwistern ein kleines Vermögen in der Sparkasse liegen haben, dessen Zinsen er halbjährig beziehe und für den Unterhalt sowie für die Erziehung der Kinder seiner Schwester verwende. Die Anna Fränzel sei durch längere Zeit in Dienst gestanden. Im Oktober v. J. habe sie plötzlich den Dienst gekündigt und sei von Wien abgereist, nachdem sie vorher geäußert hatte, daß sie im Begriffe sei, sich zu verheirathen und deshalb den Dienst verlassen und verreisen müsse. Seit damals ist Anna Fränzel nicht wieder gesehen worden und konnte über ihre weiteren Schicksale absolut nichts mehr in Erfahrung gebracht werden. Die Behörde läßt es sich angelegen sein, eine Spur von der Vermissten aufzufinden. — So viel sich über die bisher aus dem Gange der Untersuchung gewonnenen Resultate sagen läßt, kann es als erwiesen angenommen werden, daß die drei Verhafteten sich in ihr grausiges Handwerk theilten. Zur Verübung der Mordthaten, die stets nach der Anleitung Hugo Schenl's ausgeführt wurden, zog dieser einmal seinen Bruder Karl, ein anderesmal den Schloßknecht heran. Die Verhaftung eines vierten Komplizen aus dem letzten Raubmorde ist bereits gemeldet worden.

Telegraphische Nachrichten.

Mannheim, 13. Jan. Die englische Regierung hat hier selbst in der Person des Banquier Ferdinand Ladenburg einen Bijetonsul eingesetzt.

Wien, 12. Jan. Ein gewisser Pongrac, welcher der Theilnahme an dem Raubmorde bei dem Geldwechsler Eisert in der Mariahilferstraße verdächtig ist, wurde heute mit Eisert konfrontirt und von demselben als einer der Mörder erkannt.

Paris, 12. Jan. Deputirtenkammer. Der neugewählte Präsident Brisson übernahm heute den Vorsitz mit einer Ansprache, in der er es als eine Pflicht des Parlamentes bezeichnete, die gegenwärtige Generation vor den harten Lehren der Vergangenheit zu bewahren und durch alle Schwierigkeiten hindurchzuführen. Brisson schloß seine Ansprache mit der Aufforderung zur Versöhnung und zur gegenseitigen Achtung der verschiedenen Meinungen.

Paris, 12. Jan. Sitzung des Senats. Magnin wurde zum vierten Vizepräsidenten mit 81 Stimmen gegen Calmon gewählt, welcher 50 Stimmen erhielt. — Präsident Leroyer erwähnte in seiner Ansprache der verzögerten Budgetvotirung seitens der Kammer der Deputirten und sagte, der Senat habe patriotisch gehandelt, indem er berechnete Empfindlichkeiten zurückgedrängt habe; aber es seien die geeigneten Vorbehalte gemacht worden. Falls sich diese Thatsache wiederholen sollte, werde der Senat wissen, was er zu thun habe. (Beifall.)

Fürst Hohenlohe wird sich am 15. Januar nach Berlin begeben, um dem Kapitel des Ordens vom Schwarzen Adler beizuwohnen.

Uras, 12. Jan. In dem Kohlenbergwerk von Fersay fand eine Explosion schlagender Wetter statt, 7 Tödt und 12 Verwundete sind bereits zu Tage gebracht, 5 andere in der Grube beschäftigt gewesene Arbeiter hält man ebenfalls für verloren.

Madrid, 11. Jan. In der Deputirtenkammer forderte der Minister der öffentlichen Arbeiten die Opposition auf, das allgemeine Stimmrecht und die Reform der Verfassung nicht zu bekämpfen, damit man zu einer Versöhnung der einzelnen Fraktionen der liberalen monarchischen Partei gelange.

Madrid, 12. Jan. In der Kammer der Deputirten appellirte heute der ehemalige Minister Becerra, Vorsitzender der Adres-Kommission, im Interesse des Gedeihens und der Ruhe des Landes an die versöhnliche Gesinnung der Monarchisten und Liberalen, und sagte, König Alphons XII. habe mehr für die Freiheit Spaniens gethan, als die gesammten Liberalen.

London, 12. Jan. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Haiphong vom 7. d. M. gerüchtwaise gemeldet, Admiral Courbet wolle ohne Verstärkungen abzuwarten auf Bacinh vorrücken.

London, 13. Jan. Ein Telegramm des „Reuter'schen Bureau“ aus Kanton von heute sagt, die Behörden der Provinz Kwangtung träfen ernsthafte Kriegsvorbereitungen. Zwischen Kanton und der Grenze von Tonkin werde eine telegraphische Verbindung hergestellt, nach Canton würden beträchtliche Truppen

Produkten-Börse

Berlin, 12. Jan. Wind: NW. - Wetter: Bedeckt. Von Amerika und England bringen die neuesten Nachrichten neben Fallissements entsprechende Flaue, welche im heutigen Verkehr des hiesigen Marktes ziemlich energischen Widerhall fand.

(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm Loko 165-202 Mark nach Qual., gelbe Weizenqualität 172,5 Mark, bunter märkischer - ab Bahn bez., weißer märkischer - ab Bahn bez., per diesen Monat - bez., per April-Mai 175,5-174,75 bez., per Mai-Juni 177,5 bis 176,75 bez., per Juni-Juli 179,5-178-178,5 bez., per Juli-Aug. 180,75 bis 180 bez., per Sept.-Okt. - bez., - Durchschnittspreis - M. - Gefündigt - Zent.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto inkl. Sad. Loko nach Qual. 22-24 M., per diesen Monat - per Jan.-Febr. und per Febr.-März 21,5 M., per März-April 21,75 M., per April-Mai - M. Durchschnittspreis - M.

Fonds- und Aktien-Börse

Berlin, 12. Januar. Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit theilweise etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Meldungen waren gleichfalls schwächer, boten auch sonst keine geschäftliche Anregung dar.

Der Kapitalmarkt wies feste Haltung für heimische solide Anlagen auf und fremde, seinen Zins tragende Papiere konnten ihren Preisstand zumeist behaupten. Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige waren fest bei mäßigen Umsätzen.

Deutsche und preussische Staatsfonds sowie inländische Eisenbahnprioritäten hatten in fester Haltung ziemlich gute Umsätze für sich. Diskontokommandittheile, Deutsche, Darmstädter Bank schwächer.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. 1 Livre Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns containing financial data, including exchange rates, bond prices, and stock market listings. Columns include 'Wechsel-Kurse', 'ausländische Fonds', 'Eisenbahn-Prioritäten', 'Berliner Börse', 'Bank-Aktien', and 'Industrie-Aktien'. Each column lists various financial instruments and their corresponding prices or values.